

Polen: Ungewisses Warten

Kann die Kirche auf Hoffnungen verzichten?

Die Heiligsprechung von Maximilian Kolbe, auch – da der Papst seinen eigenen Besuch in der Heimat verschieben mußte – gedacht als vorläufiger Höhepunkt der Feiern des katholischen Polen, am 10. Oktober in Rom, stand im Schatten einer politischen Entscheidung in Warschau. Dieser Schatten in Gestalt der Auflösung aller Gewerkschaften – und damit auch der bis dahin lediglich suspendierten „Solidarität“ schien den Bischöfen so dunkel, daß Primas Glemp nicht nur eine Reise in die USA auf bestimmte Zeit vertagte, sondern sogar seine Teilnahme an den Feiern in St. Peter absagte und darüber hinaus auf ein am Vorabend der entscheidenden Sejm-Sitzung vorgesehenes Gespräch mit General Jaruzelski verzichtete.

Das Ende von „Solidarität“

Der nun vollzogene Schritt, die Verabschiedung eines neuen Gewerkschaftsgesetzes, das fortan die Vertretung der Arbeitnehmer auf Gremien in den Betrieben beschränkt und diese Strukturen erst später nach oben hin erweitern will, war indes einige Zeit vorher angekündigt worden. Gewisse Pendelschläge in der Beurteilung der „Solidarität“ durch Vertreter der Regierung, der Armee und der Partei hatten jedoch manchen Hoffnungen (auch auf kirchlicher Seite), in irgendeiner Form könne die „Solidarność“ wiederaufleben, nie völlig den Boden entzogen. Diese schwachen Hoffnungen waren gepaart mit der Erwartung, ein zweiter Besuch Johannes Pauls II. in Polen könne gleichsam einen Impuls für Auswege aus der Krise geben. Eine Zunahme polemischer Äußerungen gegen „Solidarität“ ebenso wie gegen einzelne Bischöfe und Teile des Klerus (zuerst aus Prag und Moskau, dann auch aus Warschau) signalisierte aber, daß mit der Reaktivierung der unabhängigen Gewerkschaft – zumindest in ihrer Formation vor dem 13. Dezember vergangenen Jahres – nicht mehr zu rechnen war.

Das am 8. Oktober im Sejm bei zehn Gegenstimmen und neun Enthaltungen in einem auch das Interesse der Parlamentarier und der polnischen Öffentlichkeit hinterstellenden Schnellverfahren verabschiedete Gesetz sieht vor, von Jahresbeginn 1983 an Betriebsgewerkschaften aufzubauen. Erst 1984 soll eine nationale Gewerkschaftsorganisation gestattet werden. Es schließt ein Streikrecht nicht völlig aus, knüpft es jedoch an in der Regel schwer erfüllbare Bedingungen. In den ersten Tagen nach seinem Inkrafttreten war noch nicht abzusehen, wie sich die Mehrheit der Mitglieder von „Solidarität“ der neuen Organisation gegenüber verhalten werden. Die spontanen Arbeitsniederlegungen an der Ostseeküste und die An-

kündigung der „Untergrund-Solidarität“ am 10. November – dem Jahrestag der formalen Registrierung der „Solidarität“ – einen landesweiten Proteststreik zu veranstalten, deuten auf eine strikte Ablehnung. Andererseits waren Anfang Oktober auch Überlegungen einzelner „Solidaritäts-Vertreter“ bekanntgeworden, durch Masseneintritte in die neue Gewerkschaft in dieser gleichsam den Geist von Solidarität weiterleben zu lassen. Die alten Branchengewerkschaften, die von der Zwangsauflösung ebenfalls betroffen sind, werden trotz mancher auch aus ihren Reihen geäußerten Bedenken den neuen Betriebsgruppen wohl beitreten.

Die parallel zu der Verabschiedung des Gesetzes veröffentlichte Mitteilung des Militärrates, weitere Internierte freizulassen, vermochte unter diesen Umständen kaum die reservierte bis feindliche Haltung großer Teile der polnischen Bevölkerung zu verändern.

Jaruzelski legte sich in einer Sejmrede am 9. Oktober erneut nicht fest, wann das Kriegsrecht aufgehoben wird. Es blieb bei der ungewissen Andeutung, es könne noch vor Jahresende geschehen. Weiterhin im unklaren ließen die Militärs die Zukunft des nach wie vor internierten Gewerkschaftsführers *Lech Walesa* und seiner Berater. Der Papst bezeichnete am 10. Oktober – im Anschluß an die Heiligsprechung von Maximilian Kolbe – die Auflösung der Solidarität als „schwerwiegende Verletzung der fundamentalen Rechte des Menschen und der Gerechtigkeit“. Die Kirche in Polen und der Vatikan hätten alles in ihrer Macht Stehende getan, dies zu verhindern, und sie würden auch weiterhin „die legitimen Rechte der arbeitenden Menschen verteidigen“. Am gleichen Tage sagte Polens Primas *Jozef Glemp* im Heimatkloster Kolbes, die Illegalisierung der Solidarität bereite einen tiefen Schmerz. Aber eine Idee, die etwas unzerstörbares Gutes enthalte, werde als Idee niemals verschwinden, auch hinter jeder Verbitterung stecke noch Hoffnung.

Seit es bereits zwei Monate nach der Verhängung des Kriegsrechts erste Hinweise der Regierung gab, man arbeite an einer Neuordnung der gewerkschaftlichen Strukturen, zog sich die Frage nach der Zukunft der „Solidarität“ durch nahezu alle innen- und auch viele außenpolitischen Auseinandersetzungen. Weitere beherrschende Themen der spannungsreichen Monate von Februar bis Oktober (vgl. zuletzt HK, März 1982, 111–113) waren die Lage der Internierten und Verurteilten, die anhaltende Wirtschaftskrise des hoch verschuldeten Landes, damit verbunden die sich zwischen Sanktionen und Hilfsaktionen bewegende Haltung der westlichen Staaten, fast alles umspannend das Vorgehen der katholischen Kirche in

Polen, die Linie ihres Primas, der Plan einer zweiten Reise des Papstes, die Vorschläge des Episkopats und ihm nahestehender Berater zur Befriedung und schließlich – sozusagen Symbol des noch nicht erreichten Einvernehmens der Gesellschaft – der Streit um das Warschauer Blumenkreuz. Zeitlich markieren die Vorgänge um den 1. und 3. Mai sowie die neuerlichen Unruhen Ende August gewisse Einschnitte dieser Entwicklung.

Ruf nach „Übereinkunft“ blieb folgenlos

Dabei waren pessimistische Stimmen, die mehrfach einen – bis jetzt nicht ausgeführten und nach bisherigen Erfahrungen auch unwahrscheinlichen – „zweiten Schlag“ der Militärs gegen die Kirche prophezeiten, ebenso zu vernehmen, wie es Anzeichen partieller Erleichterungen zu beobachten gab. Trotz Kriegsrecht wurden einige Zeitungen der in ihnen geführten Diskussion wegen wieder lesbar, die Aufführung eines historischen, kritisch-beziehungsreichen Theaterstücks (Eliots „Mord im Dom“) im Frühjahr ließ ein gewisses geistiges Leben erkennen, das nach Meinung von Beobachtern im Sommer eher zu- als abnahm. Der „Tygodnik Powszechny“, die von der episkopats- und papstnahen „Znak“-Bewegung getragene Krakauer Wochenzeitung, kann seit 20. Mai wieder erscheinen. Prof. *Wladyslaw Bartoszewski*, der nach dem 13. Dezember internierte Generalsekretär des PEN-Clubs wurde wieder frei und konnte bereits einen Forschungsaufenthalt in Westberlin antreten. Die Zahl der Internierten insgesamt sank auf unter 1000, die Zahl der wegen Zuwiderhandlungen gegen Kriegsbestimmungen Verurteilten steigt dagegen weiter. Nach wie vor ihrer Freiheit beraubt waren Anfang Oktober außer Walesa nahezu alle Mitglieder der Landeskommission von „Solidarität“, deren Berater *Geremek* und *Mazowiecki*, traditionelle Regimekritiker wie *Michnik* und *Kuron*, auch *Lipski* (der nach einem ihm zugestandenen Krankenhausaufenthalt im Westen freiwillig nach Polen und damit in erneute Haft zurückkehrte), alles zusammen „nur“ einige Hundert, aber die wichtigsten. Die Entlassung des Bauern-„Solidarität“-Vorsitzenden *Kulaj* brachte nicht die von den herrschenden Militärs damit beabsichtigten Auswirkungen auf die Masse der Privatbauern. Hier fehlt es an der rechten Motivation ebenso wie an gezielter Hilfe (auch aus dem Westen). Der Schaden, den die namentlich US-amerikanischen Sanktionen hier angerichtet haben, ist auch mittelfristig beträchtlich. Daß dabei von der Gierek-Regierung verschuldete Strukturschwächen zutage traten, ist für die betroffenen Polen ein gleich schlechter Trost wie die politische Wirkungslosigkeit solcher Pressionen. Die Wirtschaft bleibt ein zentraler Schlüssel, um wenigstens die geringen Chancen eines Auswegs zu nutzen.

Polens Kirche, bis zum Herbst vor der fast unlösbaren Aufgabe, einerseits Fortbestehen und Reaktivierung der „Solidarität“ zu verlangen, andererseits aber – wie es,

durchaus im Sinne der Staatsräson, die Vorschläge des Gesellschaftlichen Rates beim Primas (vgl. HK, Juni 1982, 283–287) im Rückgriff auf die Enzyklika „*Laborem exercens*“ empfahlen – die Gewerkschaft zu einer im unmittelbaren Sinne „unpolitischen“ Linie zu bewegen, konnte in dieser Situation gar nicht ohne den Anschein gewisser Hoffnungen agieren, und waren diese noch so gering gewesen. Die konkreten Möglichkeiten für einen den Abmachungen von 1980 vergleichbaren Gesellschaftsvertrag beurteilte der Episkopat nach zehn Monaten Kriegsrecht skeptischer als zuvor, aber die Kirche wäre wohl nicht mehr Kirche, würde sie im ungewissen Warten der Nation jede Aussicht auf nationale Verständigung bestreiten. Ein zeitweiliges Ruhen ihrer Vermittlerrolle muß dem nicht widersprechen.

Mehrfach haben Primas und Episkopat die Position des Episkopats dargelegt. Polen befinde sich in einer Stunde großer Prüfung, sagte Erzbischof *Glemp* im Februar und setzte hinzu: „Es gibt in diesem Tunnel kein Licht, wir können sein Ende nicht sehen. Aber wir müssen Geduld haben, wir müssen überleben“. Wenig später verwiesen die zu ihrer 183. Plenarkonferenz versammelten Bischöfe in Sorge um das Schicksal der Nation auf die Notwendigkeit, nach dem Muster des im August 1980 geschlossenen Gesellschaftsvertrages eine gesellschaftliche Verständigung anzustreben. Wenn die Regierenden nicht so schnell wie möglich zu einer solchen Verständigung – und zwar mit „glaubwürdigen organisierten Gruppen der Gesellschaft“ gelangten, bestehe die Gefahr, daß sich die derzeitige „moralische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Katastrophenlage“ noch weiter verschlimmere. Diese Befürchtungen des Episkopats, formuliert am 26. Februar, besaßen auch noch Monate später ihre traurige Aktualität. In dem gleichen Kommuniqué forderte die Polnische Bischofskonferenz erneut und mit Nachdruck eine rasche Aufhebung des Kriegsrechts und die Freilassung aller Internierten, sprach aber auch von der Notwendigkeit, „in der Beurteilung der Konsequenzen der geopolitischen Lage unseres Landes realistisch zu sein“. Ein solches „Gefühl des Realismus“, so erläuterten Polens Bischöfe, heiße „weder Konformismus noch Verzicht auf nationale Werte“. Und dann weiter: „Es erfordert, daß wir uns nicht auf den Grundsatz ‚Alles oder Nichts‘ stützen, sondern im Gegenteil systematisch, beständig und allmählich die Realisierung unserer Ziele anstreben. Es bedeutet, daß wir das Problem der Arbeit für das Gemeinwohl überdenken, unüberlegte Kollektivreaktionen vermeiden, aber auch unsere individuellen und sozialen Forderungen im weitsichtigen Blick auf die Zukunft der Nation definieren.“ Auf der Grundlage dieser an Regierende wie Regierte gerichteten Forderungen riefen die Bischöfe dann – über ihren bekannten Appell zu nationaler „Verständigung“ hinaus – zu einer „gesellschaftlichen Übereinkunft“ auf, da sich Staatsmacht und Gesellschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gegenseitig bedingten. Dieser Gedanke einer „Übereinkunft“ wurde im April in den Thesen des Gesellschaftlichen Rates beim Primas weiterentwickelt und ausführlich begründet.

Rückschläge nach den Maiunruhen

Vor Ostern noch beanspruchte ein Gerichtsverfahren gegen einen katholischen Priester aus Pommern besorgte Aufmerksamkeit: Pfarrer *Boleslaw Jewulski*, dem man zur Last legte, in einer Predigt am 20. Dezember „aufwieglische Vorschläge“ gemacht zu haben, wurde von einem Militärgericht zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Da der Geistliche bald darauf wieder freigelassen und der „Obhut seines Bischofs anvertraut“ wurde, handelte es sich offensichtlich um eine gezielte Warnung, nicht aber um eine Änderung kirchenpolitischer Prinzipien seitens der Militärs. Anderer Natur war der Prozeß gegen eine Gruppe junger Männer, die angeklagt waren, einen Polizisten getötet zu haben. Dabei wurde der 30jährige Gemeindepfarrer *Sylwester Zych* beschuldigt, eine Pistole, durch die am 19. Februar ein Warschauer Polizist zu Tode kam, in seinem Pfarrhaus versteckt gehalten zu haben. Zych, der im August eine vierjährige Haftstrafe erhielt, gab zu, die Jugendlichen animiert zu haben, Polizisten zu entwaffnen. Bei einer solchen Entwaffnungsaktion war besagter Polizist zu Tode gekommen. Über diese beiden Prozesse hinaus sind keine vergleichbaren Urteile gegen Priester bekanntgeworden.

Insgesamt konnten seit dem Frühjahr gewisse Zeichen einer bescheidenen Normalisierung registriert werden. So wurden im April wieder Touristenreisen nach Polen möglich. Auch in umgekehrter Richtung nahm die Reisetätigkeit zu: Im September registrierte die Botschaft der Bundesrepublik täglich rund 900 Visa-Anträge – überwiegend Familienbesuche und Dienstreisen – eine beachtliche Ziffer nach dem drastischen Rückgang, aber weit weniger als die Hälfte im gleichen Zeitraum des Jahres 1981. Die Stimmung der Menschen, so ein im Sommer gewonnener Eindruck von Reisenden, sei durch nachlassende Angst gekennzeichnet – man spreche fast wieder so frei wie vor Verhängung des Kriegsrechts. Nachlassende Angst ist nicht gleich wachsendem Optimismus: Das Problem der nächsten Zeit dürfte vielmehr in zunehmender Resignation und weiter schwindender Motivation bestehen.

Ein gewisser Optimismus schien aber berechtigt, als die Militärbehörden Ende April einzelne Bestimmungen des Kriegsrechts (Ausgangssperre, Reiseverkehr) lockerten, weitere Internierte freiließen und es in Warschau zu einem Spitzengespräch zwischen Primas Glemp und General Jaruzelski (25. 4.) kam. Diese zweite Unterredung seit Verhängung des Kriegsrechts (ein erstes Treffen hatte am 9. Januar stattgefunden) kam ziemlich überraschend zustande am Vorabend der Abreise Glemps zu neuerlichen Gesprächen mit dem Papst. Bei dieser Begegnung wurden zwar das allgemeine Konzept einer nationalen Verständigung und der konkretere Plan einer gesellschaftlichen Übereinkunft erörtert, aber das kurz zuvor fertiggestellte Thesenpapier des von Glemp noch vor dem 13. Dezember einberufenen Laienrats (vgl. den Wortlaut in: HK, Juni 1982, 283–287) wurde von der Regierung lediglich intern behandelt, öffentlich fast übergangen. Hier lagen von der Regierung nicht genutzte Chancen.

Möglicherweise wäre diesen Empfehlungen größerer Erfolg beschieden gewesen, hätten die Mai-Unruhen die gerade zaghaft begonnene Liberalisierung nicht wieder durchkreuzt. Jaruzelski hatte mit der Freilassung von 1000 der damals noch mehr als 3000 Internierten den Beginn einer Entspannung gemacht, Glemp sprach von einem „kleinen Schritt vorwärts“, doch die Zuversicht währte nur kurz. Gegendemonstrationen zur offiziellen Maifeier verliefen noch friedlich, aber zwei Tage später, am 3. Mai, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Miliz und vor allem jugendlichen Demonstranten. Auch bei den Bischöfen wurde vermutet, es könne sich um gezielte Provokationen gehandelt haben. Armee, Regierung und Partei sind nicht homogen, und das Konzept einer dosierten Liberalisierung hatte Widersacher. Es war eine polnische Tragik, daß – während draußen Straßenschlachten Dutzende Verletzte forderten und mit fast 1400 Festnahmen endeten – der Sejm tagesordnungsgemäß das Thema einer nationalen Verständigung debattierte.

Neue Internierungen

Die Wirkung blieb leider gering; folgenreicher waren die Unruhen. Zugeständene Erleichterungen wurden zurückgenommen, zugleich aber ein Protest-Potential sichtbar, das Glemp am 8. Mai (nachdem sich sowohl Bischofskonferenz als auch die gemischte Staat-Kirche-Kommission besorgt über die Gewaltakte geäußert hatten) zu der Warnung veranlaßte, niemand habe das Recht, „die patriotischen Gefühle der Jugend zu manipulieren“. In Anspielung auf steinewerfende Demonstranten mahnte der Primas die Jugendlichen, sich nicht von „Männern mit steinernen Herzen“ vereinnahmen zu lassen. In einem eigenen Hirtenbrief an die Jugend ergänzte er am 23. Mai diese Mahnung zur Besonnenheit mit dem Appell an die Behörden, soziale Probleme nicht mit Gewalt zu lösen, und verlangte – in Anspielung auf die ungewöhnliche Härte der Miliz – den Verzicht auf radikale Mittel, „bei denen die Jugend geschlagen wird“.

Herausragende Ereignisse der Sommermonate waren nach diesem Rückschlag der Mai-Unruhen ein Wechsel im Amt des Ministers für Kirchenfragen (der Rechtswissenschaftler *Adam Lopatka* – zu Giereks Zeiten Kritiker eines Verständigungskurses mit der Kirche – löste *Jerzy Kuberski* ab, der als neuer Leiter der halb-diplomatischen Vertretung Polens beim Vatikan nach Rom ging), ein unter Kriegsrechtsverhältnissen zeichenhafter Kurzbesuch einer fünfköpfigen Delegation der Deutschen Bischofskonferenz Anfang Juni in Polen, die Ende des Monats in Anwesenheit des Apostolischen Sondernuntius Luigi Poggi begangenen Feiern zum 10. Jahrestag der vatikanischen Neuordnung der kirchlichen Jurisdiktion in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, ein neuerlicher Besuch Glemps in Rom im Juli und schließlich ein Mitte Juli vorgenommenes größeres Revirement im Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Jaruzelski, der

damit seine Stellung im Parteiapparat festigen konnte, ordnete am 22. Juli zum offiziellen Staatsfeiertag weitere Lockerungen des Kriegsrechts an: Nach langem Drängen der Kirche wurden die noch internierten Frauen freigelassen; insgesamt erhielten 1227 bis dahin Internierte die Freiheit, so daß nach offiziellen Angaben noch 637 Polen in den Lagern blieben, eben jener „harte Kern“. Wiewohl nach den Unruhen im Mai und im August die Mehrzahl der Festgenommenen und vor Gericht Gestellten „regulär“ verurteilt wurde, gab es bis zum Herbst auch neue Internierungen. Materiell ist die Lage der Verurteilten weit schlechter als die der Internierten. Deren Familien erhalten keinen Pfennig, gerade ihnen sucht die Kirche zu helfen. Die Internierten bekommen zumindest 70 Prozent des zuletzt gezahlten Gehaltes. In der Tendenz sank die Ziffer der Internierten. Bis Ende September hatten etwa 300 Mitglieder der „Solidarität“ ein Ausreise-Visum in die Bundesrepublik beantragt und waren damit auf ein Angebot des Militärrates eingegangen. Nach Darstellung von Innenminister *Kiszczak* vom 16. September wurden bei den blutigen Unruhen Ende August 5131 Personen festgenommen. In Schnellverfahren wurden 67 Demonstranten verurteilt, in weiteren Prozessen 3084 Personen, davon 2821 zu Geld- und 263 zu Haftstrafen; 220 Polen wurden neu interniert, die übrigen freigesprochen oder nach Verwarnungen freigelassen.

Tschenstochau-Feiern ohne den Papst

Wäre es nicht zu jenen neuerlichen Unruhen Ende August gekommen, hätte der Papst – wie geplant und von ihm mit der Kirche gewünscht – am 26. August seine Heimat besuchen können. Nach monatelangem Zuwarten, Verhandeln und Ausloten des Für und Wider wurde die Papstreise schließlich verschoben, vermutlich bis Mai nächsten Jahres. Die Polnische Bischofskonferenz hatte ihre bereits vor Verhängung des Kriegsrechts ausgesprochene Einladung zu einer zweiten Papstreise am 9. Juni erneuert, worauf die Behörden in Warschau leicht verstimmt reagierten: Ein solcher Besuch könne erst nach einer Normalisierung stattfinden, und überhaupt, so hieß es, müsse darüber noch verhandelt werden. Wenig später folgten deutliche Warnungen aus Moskau, die in ihrer Abstrusität – der Papst sei mit seinen Reiseplänen unter den Druck von US-Präsident Reagan geraten – sogar ein vatikanisches Dementi auslösten. Am 21. Juli überbrachte Polens Außenminister dann dem Papst eine förmliche Einladung, aber erst für einen noch offenen Termin im Jahre 1983, und in Warschau erklärte Jaruzelski, der Besuch sei erst später möglich. Polens Bischöfe machten in einem am 8. August verlesenen Hirtenbrief die Regierung dafür verantwortlich, daß die für den Beginn der Tschenstochau-Feiern vorgesehene Visite verschoben wurde. Bei „vereinter und persönlicher Anstrengung aller gesellschaftlicher Kräfte“, so der Episkopat, wäre der Besuch doch möglich gewesen. – Sowohl die Bischöfe als auch der Papst, der an seinem bald nach der Kriegsrecht-Proklamation einge-

führten polnischen Gebet bei den wöchentlichen Generalaudienzen festhielt, ließen – wiewohl sich Staat und Kirche bis Anfang Oktober noch nicht auf einen Termin verständigen konnten – durchblicken, noch während der insgesamt ein Jahr dauernden Jubiläumsfeiern in Tschenstochau sei mit dem Kommen Johannes Pauls II. zu rechnen. So mußte das Jubiläum der Schwarzen Madonna auf dem Jasna Gora am 26. August ohne den Papst aus Polen eröffnet werden; Johannes Paul II. hatte lediglich eine von Radio Vatikan nach Osteuropa übertragene Messe zelebrieren können. Erzbischof Glemp bekräftigte in Tschenstochau die Forderung der Kirche nach Freilassung der Internierten, wobei der Primas Walesa ausdrücklich erwähnte, und Amnestie für die Verurteilten, appellierte aber zugleich an die Bevölkerung, sich angesichts der bevorstehenden Demonstrationen zum zweiten Jahrestag des Danziger Abkommens (zu denen die Untergrund-„Solidarität“ aufgerufen hatte) „nicht zum Zorn provozieren zu lassen“; die Straße sei nicht der Ort zum Dialog. Glemps entscheidendes Postulat lautete, man solle die gewerkschaftliche Arbeit „in Etappen“ wiederaufleben lassen. Die an zwei Seiten gerichteten Mahnungen wurden indes nicht beherzigt. Ähnlich wie im Mai kam es am 31. August zu erbitterten Straßenschlachten, die mehr als 200 Verletzte und fünf Todesopfer forderten. Der Tod des einstigen KP-Chefs *Gomulka* am 1. September fand in dieser Situation kaum mehr Beachtung.

Einer lange vorher gegebenen Zusage entsprechend, nahmen Erzbischof Glemp und der Krakauer Kardinal *Macharski* am Katholikentag in Düsseldorf teil, hielten sich aber dort mit politischen Äußerungen bewußt zurück. Spätestens seit dem Frühjahr mußte Glemp mit Zweifeln an seiner kirchenpolitischen Linie leben, die in der Untergrund-„Solidarität“ ebenso Gegenstand der Diskussion war wie in exilpolnischen Kreisen, sich aber auch in westlichen Zeitungen niederschlug. Dabei wurde dem gerade erst ein Jahr amtierenden Primas – der einen auch zu *Wyszyński*s Zeiten nicht homogenen Episkopat zu leiten hat und mit seinem Vorgänger so gar nicht bekannten Schwierigkeiten konfrontiert ist – Versöhnlichkeit vorgeworfen und ein vermeintlicher Zick-Zack-Kurs angelastet. Danach befragt, meinte der Krakauer Philosophieprofessor und Papst-Vertraute Prälat *Jozef Tischner* (der im Februar noch eine Westreise ihres Normalisierungseindrucks wegen abgelehnt hatte) im September in Wien, der Papst habe als Philosoph das Ziel vor Augen, der Primas als Jurist den Weg zum Ziel: „Diese beiden Positionen bedürfen einander und ergänzen einander“. Die Kirche, der – wie Tischner anmerkte – Privilegien gefährlicher sein könnten als Verfolgung, mahne zu Geduld und zum Wartenkönnen; es gehe darum, ohne Blutvergießen Änderungen zu erreichen.

Die Krise wird noch lange dauern

Kleine Änderungen hat es gegeben, gleichwohl ist Blut vergossen worden. Die diesbezügliche Statistik: Allein seit

Juni waren bei Betriebsunfällen in Bergwerken 18 Todesopfer zu beklagen, also mehr als bei den blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Miliz seit Verhängung des Kriegsrechts. Förderung und Export von Kohle steigen, aber um den Preis wachsenden Risikos. Es fehlen westliche Ersatzteile und Rohstoffe, eine Mitschuld westlicher Sanktionspolitik ist nicht zu leugnen. „Polen in den Bankrott zu treiben und den Ostblock wirtschaftlich in die Knie zu zwingen“, so Österreichs Bundeskanzler *Kreisky* im Juli, sei „der helle Wahnsinn“. Und auch Ex-Präsidenten-Berater *Brzezinski* sprach sich Ende August für eine gemeinsame „beträchtliche Wirtschaftshilfe“ des Westens an Polen aus. Damit, so seine Hoff-

nung, könne die UdSSR möglicherweise bewegt werden, die Vorteile einer konstruktiven Lösung der Probleme in Polen zu bedenken. Im November soll das Umschuldungs-Abkommen zwischen den westlichen Gläubigerbanken und Polen unterschriftsreif sein. Mit Zwang werden Polens Militärs nur oberflächliche und kurzfristige Erfolge in der Wirtschaft erzielen. Eine dauerhafte Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft bedarf innerer Motivation und äußerer Hilfe. Kirchliche Überlegungen einer die Spendentransporte ergänzenden Hilfe zur Selbsthilfe könnten hier ebenso einen Weg weisen wie gezielte westliche Wirtschaftskooperation. Die Krise Polens wird lange genug dauern. *Martin Höllen*

Über das heutige Österreich hinaus

Stimmungen und Entwicklungen nach 12 Jahren SPD-Regierung

Der Regierungswechsel in Bonn hat in Österreich noch größeres Interesse als in den anderen Nachbarstaaten der Bundesrepublik erregt. Das ist nicht verwunderlich: Immer wieder waren in der Vergangenheit *direkte Auswirkungen bundesdeutscher Ereignisse* auf österreichische Entwicklungen festzustellen. So kam es gewiß nicht von ungefähr, daß *Bruno Kreisky* im März 1970 seinen triumphalen Wahlsieg feiern konnte – nur knapp sechs Monate nach der Bildung der ersten deutschen Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt im Oktober 1969.

Auf ähnliche Auswirkungen in umgekehrter Richtung hofft jetzt die Österreichische Volkspartei (ÖVP), die bei den bevorstehenden Parlamentswahlen im April 1983 nach 13 Jahren sozialistischer Vor- und Alleinherrschaft wenigstens die relative Mehrheit erobern möchte. Meinungsforscher und politische Beobachter sind freilich skeptisch: Im Gegensatz zur CDU/CSU konnte die ÖVP aus den Schwierigkeiten der sozialistischen Regierung *kaum nennenswerte Terraingewinne* erzielen, und auch das Profil der Partei auf Bundesebene ist trotz des neuen Programms und trotz des sympathischen neuen Parteivorsitzenden *Alois Mock* eher blaß geblieben.

Weiter unter Kreisky

Die Popularität von Bundeskanzler Kreisky ist indessen trotz seiner chronischen Krankheitszustände im wesentlichen ungebrochen. Wenn auch auf weiten Strecken kaum mehr regiert, sondern nur noch verwaltet wird – die Zügel in seiner Partei hat Bruno Kreisky jedenfalls fest in der Hand. Auf diese Weise verhinderte Kreisky Erosionsprozesse, wie sie in der SPD in letzter Zeit immer heftiger auftraten, und auch Flügelkämpfe in seiner Partei erstickte der Kanzler von allem Anfang an im Keim. Über-

dies kann Kreisky für sich und seine Regierung die Tatsache verbuchen, daß Österreich laut Statistik nach wie vor wie ein *wirtschaftliches* Musterland aussieht: Die Zahl der Arbeitslosen ist in den Sommermonaten auf 2,4% zurückgefallen, die Inflation auf 5,4% gesunken, die Leistungsbilanz hat sich sprunghaft verbessert. Wenn diese günstigen Ziffern auch von einer immer noch ansteigenden, schwindelerregenden Verschuldung und von einer in ihren Ausmaßen gar nicht voll abzuschätzenden verdeckten Arbeitslosigkeit in den verstaatlichten Industrien überschattet werden, so gelingt es der sozialistischen Öffentlichkeitsarbeit dennoch in erstaunlichem Ausmaß, die SPÖ als Garantin von Ruhe und Ordnung, von Vollbeschäftigung und Wirtschaftsstabilität zu empfehlen. Und immer wieder mahnt die Reformpartei von einst mit dem Motto: „Nur keine Experimente!“

Es könnte daher sehr wohl im Bereich des Möglichen liegen, daß Bruno Kreisky mit seinen 72 Jahren noch einmal die absolute Mehrheit erobert. Die Voraussetzung dafür ist ein stabiler Gesundheitszustand, der sich nicht weiter verschlechtern darf, wenn der Kanzler sein Ziel erreichen möchte. Im Hintergrund zeichnen sich allerdings immer deutlicher die *Frontstellungen der Nach-Kreisky-Ära* ab. In der Vorstandsetage der größten österreichischen Bank, der Creditanstalt, wartet der ehemalige Vizekanzler und Finanzminister *Hannes Androsch* auf die Stunde seiner politischen Wiederkunft. Androsch gilt als politisches Talent. Durch sonderbare Praktiken seiner eigenen Steuerberatungsfirma, merkwürdige Vorgänge bei der Finanzierung seiner Villa und durch die Verstrickung mehrerer seiner Freunde in den Milliardenkandal des Allgemeinen Krankenhauses in Wien ist Androsch innerparteilich immer heftiger angefeindet worden. Nach finntenreichen Manövern drängte ihn Kreisky schließlich aus der Regierung und schob ihn als Generaldirektor der verstaatlichten Creditanstalt ab. Von dort aus hat Androsch zusam-